

**Bericht des Vorsitzenden
des CDU-Bezirksverbandes
Koblenz-Montabaur
Dr. Adi Weiland, MdL
anlässlich des Bezirksparteitages
am 29. Oktober 2011
in Ransbach-Baumbach**

Es gilt das gesprochene Wort

Anrede, Begrüßung,

zu unserem letzten Bezirksparteitag hatten wir uns vor fast genau einem Jahr, am 03. November, in Binningen getroffen. Wir waren damals voll in der Vorbereitung auf die Landtagswahl. Was folgte, war ein engagierter, ja man kann sagen: „begeisterter“ Landtagswahlkampf, wenn ich z. B. an die großartigen Veranstaltungen mit Bundeskanzlerin Angela Merkel, mit Julia Klöckner, mit anderen prominenten Rednern denke.

Aber auch die vielen anderen Veranstaltungen, die unsere Kreisverbände, Ortsverbände, Gemeinde- und Stadtverbände organisiert hatten, waren gut besucht.

Sehr schnell wurde in diesem Wahlkampf deutlich:

- die CDU ist wieder da!
- die CDU steht zusammen und kämpft!
- die CDU will es wieder wissen!

Das war das Verdienst unserer Spitzenkandidatin Julia Klöckner, die mit vorbildlichem Einsatz gekämpft hat. Mit ihr hatte die Partei landesweit wieder Mut gefasst.

Es war aber auch das Verdienst unserer Kandidatinnen und Kandidaten, die hervorragend und mit großer Geschlossenheit gekämpft haben.

Dieser Erfolg ist und bleibt aber zuallererst Euer Verdienst, liebe Parteifreundinnen, liebe Parteifreunde, das Verdienst von jedem Einzelnen von Euch.

Weil Ihr gekämpft habt.

Weil Ihr Euch zur CDU, zu Eurer CDU bekannt habt.

Weil Ihr Veranstaltungen organisiert, Plakate aufgestellt, aufgehängt und geklebt habt.

Und wenn wir als CDU-Bezirksverband heute feststellen können, dass wir mit 16 Mandaten in Mainz wieder stark vertreten sind, dann ist das zuallererst das Verdienst der gesamten Partei und von jedem Einzelnen von Euch. Und dafür sage ich: „Danke!“

„Danke“ sage ich auch den Kolleginnen und Kollegen für die gute Zusammenarbeit in Mainz!

Es ist uns dann gelungen, den Rückenwind aus dem Wahlkampf mit in die neue Fraktion zu nehmen. Hier sind wir unter Führung von Julia Klöckner und nicht zuletzt unter Mitwirkung unseres Bezirksverbandes gut und mit großer Geschlossenheit gestartet.

Nach den SPD Verlusten von 10 % bei der Landtagswahl trennt CDU und SPD im Landtag nur noch ein Mandat.

Bündnis 90/Die Grünen, waren angetreten, die Landespolitik zu erneuern. Nun bilden sie das Sauerstoffzelt für die alte Tante SPD, der sie mehr schlecht als recht das politische Überleben in der Regierung sichern.

Es ist mit Händen zu greifen:

Beck reitet müde in die untergehende Sonne dem baldigen Ende seiner Amtszeit entgegen.

Kronprinz eins im Innenministerium und Kronprinz zwei an der SPD-Fraktionsspitze üben derweil schon mal vor dem Spiegel den Weg in die Staatskanzlei.

Was den sogenannten „sozial-ökologischen Aufbruch“ hätte geben sollen, ist längst der Stoff für ein Ehedrama das unmittelbar nach den Flitterwochen begonnen hat!

Diese Landesregierung steht zu Beginn der neuen Legislaturperiode vor einer fast unübersehbaren Zahl von Baustellen. Aber auf diesen Baustellen entstehen nicht Projekte der Zukunft. Auf diesen Baustellen stehen die Bauruinen der Vergangenheit.

Ich will das jetzt gar nicht noch einmal alles aufzählen:
Vom OLG, über den Nürburgring, das Schlosshotel.

Aber ein Beispiel will ich hier ansprechen, weil es deutlich macht, wie verächtlich Rot-Grün mit den Wählerinnen und Wählern umgeht, wenn Rot/Grün erst einmal an der Macht ist.

Es ist das Beispiel „Bürgerbeteiligung bei der Mittelrheinbrücke“.

Es ist ein klassisches Beispiel für: „Vor der Wahl versprochen, nach der Wahl gebrochen“. Aber damit noch nicht genug: Kurz nach der Wahl erlebten wir dann, dass der SPD-Fraktionsvorsitzende im Kreistag Rhein-Lahn für einen Antrag auf Bürgerbeteiligung bezüglich der Umsetzung der Mittelrheinbrücke stimmt, der selbe Mann in seiner Eigenschaft als Mitglied des Landtags in Mainz aber gegen den Antrag auf Bürgerbeteiligung zum Bau einer Mittelrheinbrücke stimmt. Ich finde: Kommentar überflüssig!

Eins ist klar:

Die CDU ist für die Mittelrheinbrücke, weil sie von entscheidender Bedeutung ist für die Entwicklung des Tals und für die Menschen zwischen Koblenz und Bingen.

Und auch hier hätten wir uns etwas mehr Unterstützung und Initiative erwartet zumal wenn sich eine Initiative mit dem Namen Mittelrhein schmückt.

Heute können wir feststellen:

Als einzige Oppositionspartei steht die CDU im Vergleich zu dieser Regierung schon nach wenigen Monaten sehr gut da:

Geschlossen, engagiert, pragmatisch-unideologisch und dank einer engagierten und charmanten Vorsitzenden auch fröhlich. Wir sind die Hinhör-Partei in Rheinland-Pfalz. Wir kümmern uns um das, was die Bürger denken. Wir sind die Partei des gesunden Menschenverstandes.

Wir wollen deshalb eine Justizreform mit den Betroffenen und mit den Bürgern und nicht gegen sie. Und deshalb wollen wir, dass das OLG Koblenz da bleibt, wo es hingehört, nämlich in Koblenz

Wir wollen eine Zukunft für den Ring mit der Formel 1, und wir wollen eine „Transparenz-Offensive für den ehrlichen Ring“.

Wir wollen eine Bildungspolitik, die die Schwerpunkte vernünftig setzt: Nämlich bei gutem Unterricht und null Unterrichtsausfall. Wenn, wie die Landesregierung das tut, vier Millionen Euro für Ewigstudenten aus dem Fenster geworfen werden, weil man auf deren Gebühren verzichtet und im Gegenzug 2.000 Lehrerstellen gestrichen werden, kann man schwerlich behaupten, dass das noch etwas mit gesundem Menschenverstand zu tun hat.

Auf Drängen der CDU nimmt demnächst eine Enquetekommission „Kommunale Finanzen“ ihre längst überfällige Arbeit auf. Das haben wir alle in allen Reden vor der Wahl versprochen und das wird jetzt gemacht!

Wir werden dann schauen müssen wie es mit der Kommunal- und Verwaltungsreform, nicht zuletzt vor dem Hintergrund des demographischen Wandels, auch nach der Freiwilligkeitsphase, sinnvoll weitergehen kann und weitergehen muss. Die CDU hat der Landesregierung Offenheit für eine sinnvolle Zusammenarbeit signalisiert, wenn dies auf Augenhöhe geschieht und wenn die Kommunalreform als Teil einer umfassenden Reform der Landesverwaltung insgesamt sichtbar wird.

Darüber hinaus werden wir uns zu befassen haben mit der Einhaltung der verfassungsmäßigen Schuldenbremse und den Konsequenzen aus dem jüngsten verheerenden Bericht des Rechnungshofs. Mit einem seit Jahrzehnten bestehenden strukturellen Missverhältnis zwischen Einnahmen und Ausgaben und einer dadurch verursachten überdurchschnittlichen Gesamtverschuldung von 35 Milliarden Euro Ende dieses Jahres trägt die Regierung Beck wesentlich zum gesamtstaatlichen Defizit der Bundesrepublik Deutschland bei.

Und wenn es unserem Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble – der im Übrigen eine Riesearbeit leistet – gelungen ist, dass Deutschland in diesem Jahr die europäischen Defizitkriterien wieder einhalten kann, dann hat diese Landesregierung daran jedenfalls keinen Anteil. Und der Haushaltsentwurf, den die Landesregierung diese Woche beschlossen hat, gibt keinen Anlass zu der Hoffnung, dass der Ausstieg aus dem „Schuldensystem Beck“ tatsächlich gelingt. Wir haben 1,25 Milliarden Euro Steuermehreinnahmen im nächsten Jahr. Die Neuverschuldung sinkt aber nur um 700 Millionen Euro. Die andere Hälfte geht weiter lustig in die Ausgabensteigerung.

Und wenn von den Einzelmaßnahmen zur Verbesserung der Haushaltsstruktur den größten Teil die 100 Millionen Euro ausmachen, die durch die Erhöhung der Grunderwerbssteuer reinkommen, kann man von Trendwende wohl kaum sprechen. Es geht weiter wie bisher!

Meine sehr geehrten Damen und Herren,
zu Europa wird hier Peter Altmaier sicher ausführlich Stellung nehmen. Ich muss das deshalb hier nicht tun.

Nur so viel: Wir können heilfroh sein, dass wir in dieser schwierigen und unübersichtlichen Situation an der Spitze eine Kanzlerin haben, die vorsichtig, die umsichtig, die unemotional und kühl vernünftig agiert. Und weil Angela Merkel dies tut, verdient sie Lob und Anerkennung. Was wir in dieser Situation brauchen, ist nicht die große Geste, sondern solides Regierungshandwerk.

Liebe Freundinnen, liebe Freunde,

es gibt Situationen in der Politik, wie in anderen Bereichen des Lebens, da ist es gut, sich noch einmal klar zu machen, wo man herkommt, um zu bestimmen, wo man hin will.

Vielleicht befinden wir uns in einer solchen Situation, an einer solchen Wegmarke.

Die Gründung der Christlich Demokratischen Union Deutschlands ist undenkbar ohne die Idee der Einigung Europas. Und die Geschichte der europäischen Einigung, die eine einzigartige Erfolgsgeschichte ist, ist untrennbar verbunden mit der Geschichte unserer Partei.

Und ich kenne niemanden, der auf die Vorteile, die ihm die europäische Integration gebracht hat, verzichten will:

- die wirtschaftlichen Vorteile,
- das gemeinsame Verständnis von Menschen- und Bürgerrechten,
- die Freizügigkeit in einem Europa ohne Grenzen,
- die Durchsetzung unserer wohlverstandenen nationalen Interessen und der Schutz unserer Errungenschaften im Spiel der weltpolitischen Kräfte zwischen Russland, Indien, China und Amerika.

Ohne die Integration Europas ist das alles nichts.

Und wenn wir 1956 die Chance gehabt hätten, das alles für 500, 600, 700 Milliarden zu kaufen, ich glaube wir hätten keinen Augenblick gezögert.

Und deshalb kann und darf kein Problem so groß sein, dass es das alles in Frage stellt und vernichtet.

Und wenn es eine Partei gibt, die das nie vergessen darf, dann ist es die Partei Konrad Adenauers und Helmut Kohls, dann sind wir das.

Liebe Parteifreundinnen, liebe Parteifreunde,
wir diskutieren zur Zeit in der Partei das Thema „Mindestlohn“ bzw. „Lohnuntergrenzen“.

Dabei geht es nicht um Begriffe. Es geht um eine Frage des Grundverständnisses unserer Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung.

Ich will mich hierzu inhaltlich gar nicht äußern. Ich will nur sagen, ich bin stolz, dass wir dieses Thema in der CDU diskutieren und wie wir es diskutieren:

Nämlich ernsthaft, konstruktiv, und kompromissbereit mit dem Ziel, eine sachgerechte Lösung zu finden, die eine gerechte Lohnfindung mit dem Grundsatz der Tarifautonomie ebenso in Einklang bringt, wie mit dem Ziel der Geldwertstabilität und dem Ziel der Vollbeschäftigung.

Dass wir hier mit Blick auf den Landesparteitag auf einem sehr guten Weg sind, ist das Verdienst aller Beteiligten, namentlich von CDA und MIT und zuallererst von unserer Vorsitzenden Julia Klöckner, die diesen Prozess umsichtig und vorausschauend moderiert und gestaltet hat.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

am Ende der turnusmäßigen Amtszeit des Bezirksvorstandes bedanke ich mich bei allen, die die Arbeit des Bezirksvorstandes in den vergangenen zwei Jahren tatkräftig unterstützt haben, namentlich bei allen Mitgliedern des Vorstandes, bei meinen Stellvertretern Marion Krätz-Klein und Matthias Lammert, unserem Schatzmeister Erwin Rüdell, bei unserem Ehrenvorsitzenden Heinz Schwarz sowie bei Frau Wagner und Harald Orthey.